

Stadtrats- und Gemeinderatswahlen 2006: Fragen an die Parteien

Partei:	Sozialdemokratische Partei Uster
----------------	---

Frage 1:	Gemäss Art.121 der neuen Kantonsverfassung, die am 1. Januar 2006 in Kraft tritt, fördern Kanton und Gemeinden den Sport. Mit welchen konkreten Massnahmen soll die Stadt Uster diesem Verfassungsauftrag nachkommen (Breitensport, Jugendsport und Leistungssport)?
Antwort:	<ul style="list-style-type: none"> • Ideelle und materielle Unterstützung von Sportvereinen • Ideelle und materielle Unterstützung von SportveranstalterInnen
Frage 2:	Teil des sportpolitischen Konzepts des Bundesrates, vermehrt Bewegungsanreize für die Bevölkerung schaffen, ist das Projekt „Lokales Bewegungs- und Sportnetz (LBS)“. Uster wurde 2003 als Modellgemeinde ausgewählt. Wie soll Ihres Erachtens die Vernetzung des Ustermer Sports erfolgen? Wie sehen Sie die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Vereinen? Welche Rolle sollen die Schulen dabei spielen?
Antwort:	<ul style="list-style-type: none"> • Vernetzung über eine Dachorganisation (Pro Sport) • Direkte Unterstützung von Sportanlässen, Sportcamps, etc durch die Schulen (Freienplausch, schnellsteR UstermerIn, etc.)
Frage 3:	Was muss eine Stadt speziell auszeichnen, damit das Label „Sportstadt“ gerechtfertigt ist?
	<ul style="list-style-type: none"> • Das Thema „Sport“ muss durch die politischen Trägerschaften aktiv besetzt werden – private Anbieter sollen zudem in ihren Aktivitäten unterstützt werden.
Frage 4:	Die Gemeinde Wallisellen hat zur Führung ihrer Sportanlagen im Jahr 1998 die Sportanlagen AG Wallisellen (www.sportanlagen-wallisellen.ch) gegründet, an welcher Gemeinde, Einzelpersonen, Vereine und Firmen als Aktionäre beteiligt sind. Der Ertrag der Sportanlagen hat sich seither vermehrfacht und das Defizit, welches vorher durch die Gemeinde getragen wurde und neu durch Subventionen der Gemeinde an die Sportanlagen AG Wallisellen gedeckt wird, konnte um rund 40% gesenkt werden. Sehen Sie eine solche Auslagerung auch als mögliches Modell für die Stadt Uster?
Antwort:	<ul style="list-style-type: none"> • Müsste ganz sorgfältig geprüft werden – eine Auslagerung von service public Leistungen ist immer problematisch, da Aktiengesellschaften normalerweise nach marktwirtschaftlichen Kriterien geführt werden und dadurch der Schutz von Minderheiten und/oder schwächeren MarktteilnehmerInnen nicht gewährleistet ist.